

Gerd Bedszent

Die Ukraine – Kriegswirtschaft und Korruption

In leicht gekürzter Form veröffentlicht in: BIG Business Crime, Beilage 1/2026

Die jüngsten Veröffentlichungen, die ein korruptes Netzwerk innerhalb der ukrainischen Regierung offenlegten, haben weltweit einen Aufschrei der Empörung hervorgerufen. Eine Analyse der sozioökonomischen und historischen Hintergründe dieses Skandals erfolgte jedoch kaum – die Entrüstung erschöpfte sich im Wesentlichen in Moralkritik. Wie aber ist es überhaupt zu dieser Entwicklung gekommen?

Dass der Niedergang der als „sozialistisch“ firmierenden Kommando-Ökonomien Osteuropas mitnichten die prognostizierten idyllischen Ergebnisse in Sachen Freiheit, Demokratie und Wohlstand hervorbrachte, wie zuvor von westlichen Medien einhellig angekündigt, pfeifen mittlerweile sämtliche Spatzen von den Dächern. Freilich war eine solche Entwicklung absehbar: Die Geschichte des Kapitalismus war stets auch eine Geschichte des unveröhnlichen Kampfes zwischen zwei Wirtschaftsstrategien. In jedem Entwicklungsschub lieferten sich Wirtschaftsliberale und Planökonom, freie Unternehmer und Staatsbürokraten erbitterte Auseinandersetzungen. Mal gewann die eine Strategie, mal die andere die Oberhand. Bis dann beim nächsten anstehenden Entwicklungsschub die Auseinandersetzungen in die nächste Runde gingen. Und die Folgen waren nicht selten fürchterlich.

Der Industrialisierungsschub im sozialistischen Osteuropa erfolgte – wie zuvor auch in Westeuropa – auf der Grundlage eines rigiden Staatsinterventionismus. Als der forcierte Aufbau einer Schwerindustrie samt zugehöriger Infrastruktur etwa in den 1960er Jahren an Dynamik verloren hatte, sah die postsozialistische Oberschicht den Ausweg aus der technischen, ökonomischen und sozialen Stagnation in einer besonders brutalen Variante des Marktradikalismus, der damals in Teilen der Welt seinen Siegeszug erlebte: Die ehemals sozialistischen Funktionäre glaubten in diesen Jahren, gänzlich auf die ordnende Funktion einer Staatsbürokratie verzichten zu können, und ließen der in allen postsowjetisch neu entstandenen Staaten sich herausbildenden Schicht frischgebackener Kapitalisten gänzlich freie Bahn.

Da die osteuropäischen Volkswirtschaften der entwickelteren westeuropäischem Konkurrenz meist nicht gewachsen waren, resultierte aus dieser Strategie eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe. Große Teile der zuvor aus dem Boden gestampften Industriestandorte krachten zusammen. Verbunden war dies meist mit einer beispiellosen Welle krimineller Enteignung inklusive sozialer Grausamkeiten. Man bezeichnete damals diese Ära als „Russlands kriminellen Weg in den Kapitalismus“.

Alle Grimassen dieser Zeit können jetzt nicht aufgezählt werden. Nur als Beispiel: Der damalige russische Präsident Boris Jelzin hatte 1991 durch einen Federstrich die Sowjetunion aufgelöst und sich selbst Sonderbefugnisse zwecks Durchsetzung einer neoliberalen Schocktherapie erteilt. Es bedurfte damals aber noch eines Staatsstreichs, um diese Entwicklung durchzusetzen. Da die Mehrheit der gewählten russischen Abgeordneten dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigerte, ließ dieser im Oktober 1993 Truppen aufmarschieren und das Parlamentsgebäude von Panzern zusammenschießen.

Die Bevölkerung verarmte dann in rasantem Tempo; große Teile der Industriekapazität brachen zusammen. 1998 war Russland faktisch pleite und konnte seine Schulden nicht mehr bezahlen. Nach Jelzins Abgang setzte sein Nachfolger Wladimir Putin einen neuen Schwenk in Richtung rigidem Staatsinterventionismus durch und konnte so die russische Wirtschaft wieder stabilisieren. Industrieproduktion und Außenhandel wuchsen danach beträchtlich, ebenso das Einkommen der Bevölkerung. Zu einer Re-Verstaatlichung der kriminell privatisierten Unternehmen kam es freilich nicht. Der russische Staatsinterventionismus erschöpfte sich darin, die neureichen Großunternehmer zur Einhaltung von der Regierung verabschiedeter Gesetze zu zwingen. Neureiche Russen, die die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig begriffen hatten, fanden sich plötzlich in Straflagern wieder; andere flüchteten rechtzeitig unter Mitnahme der ergaunerten Milliarden ins Ausland.

In der benachbarten Ukraine verlief die Entwicklung anders: Die Industriekapazität war nie beträchtlich; die Wirtschaft beruhte hauptsächlich auf dem Anbau von Agrarprodukten und Rohstoffförderung bzw. dem Weiterverkauf von Produkten der russischen Wirtschaft in Richtung Westeuropa.

Die Folgen der neoliberalen Schocktherapie trafen demzufolge die ukrainische Bevölkerung noch heftiger. Und die Machtkämpfe zwischen Unternehmensgruppen waren besonders brutal, äußerten sich nicht selten in Gestalt von gewaltsam ausgetragenen Bandenkriegen. Zu einer Rückkehr des Staatsinterventionismus kam es allerdings nicht; stattdessen nahmen die Verteilungskämpfe zwischen den kriminellen Banden schließlich den Charakter eines Bürgerkrieges an. Der Feldzug des ukrainischen Militärs und privat finanzierter Milizen gegen die überwiegend russischsprachige Bevölkerungsminderheit im Osten des Landes eskalierte durch das Eingreifen der russischen Armee schließlich zum offenen Krieg.

Bestandteil der Kriegswirtschaft war und ist – wie stets – ein Aussetzen des bürgerlichen Parlamentarismus. Die gerade an der Macht befindliche Clique konnte sich nun ungestört bereichern, ohne fürchten zu müssen, dafür von ihren Wählern abgestraft zu werden. Dies war natürlich nackter Raub. Während die Bevölkerungsmehrheit hungerte und froh, tausende junge Männer in Schützengräben verbluteten, konnten kriminelle Angehörige der Oberschicht ungestört Milliardenbeträge in obskure Steuerparadiese verschieben.

Zudem war der Krieg für das ukrainische Militär von Anfang an nicht zu gewinnen. Tatsächlich hat sich die Kiewer Regierung bis heute nur durch massive Unterstützung westlicher Staaten überhaupt halten können – 300 Milliarden Euro sollen von 2022 bis heute in die Ukraine geflossen sein. Ob die Ukraine auch nur einen Bruchteil des Geldes zurückzahlen kann, ist mehr als fraglich. Immerhin befindet sich heute ein beträchtlicher Teil der ukrainischen Agraranbaugebiete und Rohstoffvorkommen im Besitz westlicher Konzerne.

Hauptprofiteur der westeuropäischen Ukraine-Hilfe dürfte wohl die Rüstungsindustrie sein, welche kräftig an der Hochrüstung des ukrainischen Militärs verdient. Dass dabei mafiöse Gruppierungen innerhalb des ukrainischen Regierungsapparates ebenfalls ihren Schnitt machen, ist spätestens seit der jüngsten Staatskrise offenbar. Bei den Beträgen, die das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine kürzlich bei einem Vertrauten des Staatschefs beschlagnahmte, handelt es sich sicherlich nur um einen Bruchteil kriminell abgezweigter Geldmengen.